GLOBAL 26.01.2026 | Sandra Weiss

Bis das Seil reißt

Seit Jahren fordert China die USA in deren Hinterhof heraus. Die Staaten der Region versuchen, die Balance zu halten – doch der Spielraum wird enger.

Donald Trump hat mit der Verschleppung von Venezuelas Machthaber Nicolás Maduro ein Exempel statuiert. Die Aktion war in erster Linie eine Kampfansage an China, und andererseits eine Demonstration, wie er im lateinamerikanischen „Hinterhof" die Donroe-Doktrin anzuwenden gedenkt: Amerika den US-Amerikanern. Für Lateinamerika bedeutet dies nach 30 Jahren Demokratie, wirtschaftlicher Öffnung und sukzessivem Rückzug der USA einen Bruch. Und zwar einen, der böse Erinnerungen an die Zeit des Kalten Krieges weckt: Damals intervenierten die USA mehrfach militärisch in der Region, um unliebsame (linke) Regierungen zu stürzen, von Guatemala über Chile bis Grenada (übrigens Teil des britischen Commonwealth). Zugleich finanzierten sie rechte Militärdiktaturen, deren Repression progressiver politischer Kräfte blutige Bürgerkriege zur Folge hatte. „Stellvertreterkriege" nannten Politologen das, weil die Aufständischen meist von den Sozialisten in Kuba und der UdSSR unterstützt wurden.

Nun riskiert der Subkontinent erneut, zum geopolitischen Schlachtfeld zweier Großmächte zu werden: Trumps aggressive Doktrin der Einflusssphären trifft in Lateinamerika auf Pekings stille Expansion der *Belt and Road Initiative*. Beiden geht es um Handelspartner, Rohstoffe, Big Tech und politischen Einfluss. Die Gefahr von Konflikten wächst. Mit der Operation in Venezuela konnte Trump einen Überraschungscoup landen. Er sicherte den USA Ölfelder und setzte eine Marionettenregierung ein, die bislang nach seiner Pfeife tanzt. China ist damit von billigen venezolanischen Schwerölllieferungen abgeschnitten, sitzt auf rund 15 Milliarden US-Dollar Außenständen, die Venezuela noch schuldet, und hat einen wichtigen strategischen Verbündeten verloren. Die USA haben hierbei ihren Anspruch auf den Hinterhof demonstriert, welcher historisch gesehen die Karibik, Mexiko und Mittelamerika umfasst. Doch Peking ist kein Gegner, der sich durch so etwas leicht einschüchtern lässt. Chinas Netzwerke, welche in den vergangenen 20 Jahren in Lateinamerika aufgebaut wurden, zeugen von einer vielschichtig und langfristig angelegten Konsolidierung –

wohingegen Trumps Aktionen eher auf kurzfristige wirtschaftliche und politische Rendite abzielen.

Vereinfacht wird die Strategie dadurch, dass der Staat an vielen chinesischen Unternehmen beteiligt ist und somit geopolitische und geowirtschaftliche Interessen aufeinander abgestimmt sind.

Diesen Kontrast unterstreicht das neue Strategiepapier für Lateinamerika, das China fast zeitgleich zur Donroe-Doktrin im Dezember 2025 publizierte. Die Zusammenarbeit Chinas mit den 24 lateinamerikanischen Staaten der *Belt and Road Initiative* folgt einem klaren strategischen Muster: Politische Kooperation soll Eliten über wirtschaftliche Anreize an Peking binden und sie zum Bruch mit Taiwan bewegen. Zugleich finanziert China kostspielige Infrastruktur- und Rohstoffprojekte und baut seine sicherheitspolitische Zusammenarbeit aus – von Überwachungs- und Repressionstechnologie für Polizeibehörden bis hin zu Drohnen, Radarsystemen und Rüstungsgütern, häufig für ideologisch nahestehende Regierungen oder als Bedingung für Kredite. Ergänzt wird dies durch eine Vertiefung der Handelsbeziehungen – insbesondere mit Blick auf Konsumgüter und strategische Zukunftssektoren wie Kommunikationstechnologie und Elektromobilität – sowie durch kulturelle und multilaterale Formate, mit denen Lateinamerika schrittweise aus der US-Einflusssphäre gelöst und in chinesisch geprägte Lieferketten integriert werden soll. China arbeitet subtil auf verschiedenen Ebenen, lockt mit Krediten, Reisen, Absatzmärkten und lukrativen Investitionen. Vereinfacht wird die Strategie dadurch, dass der Staat an vielen chinesischen Unternehmen beteiligt ist und somit geopolitische und geowirtschaftliche Interessen aufeinander abgestimmt sind.

Die Holzhammer-Methode des Trump-Teams hingegen ist eindimensional und orientiert sich an den Hauptanliegen des US-Präsidenten: Bekämpfung von Drogenhandel, illegaler Migration und Sicherung von Rohstoffen, Lieferketten und der Dollar-Dominanz. Private und staatliche Interessen werden vermischt, aber immer gilt: *America First*. Eine klassisch imperialistische Mentalität. Ihre Mittel sind Druck, Zölle, Sanktionen und die militärische Keule. Die Anreiz-Seite

fehlt hingegen komplett seit der Schließung der Entwicklungsagentur US-AID und dem Rückzug der USA als Geldgeber von der multilateralen Bühne. In Panama war Trump bislang nicht erfolgreich mit seinem Anliegen, das Hongkonger Unternehmen Hutchison aus den Häfen an beiden Enden des Kanals zu verdrängen. Zwar bot Hutchison unter Druck an, an den US-Investmentfonds Blackrock zu verkaufen. Doch China – dessen Regulationsbehörden Hutchison untersteht – genehmigte den Verkauf nicht und fordert, dass die staatliche Reederei Cosco als strategischer Partner beteiligt wird.

Panamas Regierung sitzt nun zwischen den Stühlen und scheint das Problem gerichtlich lösen zu wollen, indem es Korruptionsvorwürfe bei der Konzessionsverlängerung im Jahr 2021 wieder ausgräbt. Auf massiven Druck Washingtons hin ist Panama auch aus der *Belt and Road Initiative* ausgestiegen. Doch das ist bislang ein Einzelfall. Fast alle anderen lateinamerikanischen Länder machen zwar rhetorische Verbeugungen vor Trump, zeigen jedoch keine klare Abkehr von China. Das wäre für viele schlicht wirtschaftlicher Selbstmord. Von 12 auf 485 Milliarden US-Dollar steigerte sich der Handel zwischen China und Lateinamerika zwischen 2000 und 2023. Für fast ein Dutzend Länder ist China mittlerweile der wichtigste Handelspartner, chinesische Staatsbanken vergaben Kredite in Höhe von 141 Milliarden US-Dollar.

Eine Herausforderung, welche die lateinamerikanischen Länder gerade lösen müssen, stellt die Beschwichtigung Trumps dar, ohne China als Wirtschaftspartner zu vergraulen. Doch es ist für sie eine Gratwanderung. Der nach Trumps Wahlkampfeinmischung mit knappem Vorsprung gewählte, neue honduranische Präsident hat versprochen, die erst 2023 erfolgte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking rückgängig zu machen – sofern US-Investoren in die Bresche springen, etwa bei der Modernisierung des Stromsektors. Der Haken: China hat vor allem den Ausbau erneuerbarer Energien versprochen, was für ein Land ohne fossile Rohstoffe wie Honduras attraktiv ist. Trumps Erdöllobby dürfte das wenig interessieren. Selbst Trump-Freund Nayib Bukele aus El Salvador pausiert zwar die Freihandelsgespräche mit Peking, hat sich aber einige Prachtbauten wie ein neues Stadion und eine neue Bibliothek von China finanzieren lassen.

Eine abrupte Abkehr von China praktizieren nicht einmal die beiden Regierungen, die von einem Bruch mit Trump am meisten zu verlieren hätten: der US-Freihandelspartner Mexiko und der rechtslibertäre Trump-Fan Javier Milei in Argentinien. Milei erneuerte 2025 die Währungsswap-Linie mit Peking trotz eines kurzfristigen 40-Milliarden-US-Dollar teuren Stützungskredits aus Washington. Er plant 2026 einen Besuch in Peking, und auch die chinesische Satellitenstation in

Patagonien funktioniert trotz größter US-Bedenken wegen möglicher Spionage weiter.

Mexiko hat zwar Strafzölle auf einige chinesische Konsumgüter verhängt und Huawei den Ausbau des 5G-Netzes entlang der Grenze zu den USA untersagt. Auch der Fentanylschmuggel – der dank Importen von Vorläuferchemikalien aus China blühte – konnte stark eingedämmt werden. Doch mit rund 100 Milliarden US-Dollar im Jahr bleibt Mexiko der größte Importeur chinesischer Waren in Lateinamerika. Die USA werfen dem Land vor, das Freihandelsabkommen als Drehscheibe für den Reimport chinesischer Produkte in die USA zu missbrauchen.

Sollte es zu weiteren militärischen Eskalationen, Zollkriegen und zur Destabilisierung von Demokratien durch äußere Einmischung kommen, könnte das die US-Softpower in Lateinamerika nachhaltig beschädigen.

Derweil wachsen die geopolitischen Spannungen in der Region. Kürzlich erst kündigten die USA an, ihre Marinebasis im Hafen von Callao in Peru für 1,5 Milliarden US-Dollar zu modernisieren. Die Basis liegt 8 Kilometer südlich des erst vor kurzem eingeweihten chinesischen Superhafens Chancay. Mit insgesamt acht Militärstützpunkten haben die USA in Lateinamerika militärisch die Übermacht. Aber auch China droht: Im Staatsfernsehen CCTV waren kürzlich computerbasierte Simulationen zu sehen, bei denen rote chinesische Kräfte blaue US-Kräfte um Kuba und im Golf von Mexiko bekämpfen – ein provokatives Signal, das Pekings militärische Ambitionen unterstreicht.

Traditionell sind die Bande zwischen den USA und Lateinamerika eng. Einer Umfrage zufolge unterstützten 60 Prozent der Lateinamerikaner die US-Intervention in Venezuela. Doch mit seiner aggressiven Attitüde und den Drohungen gegen Mexiko, Kolumbien und Kuba weckt Trump auch Abneigung und Ängste. Sollte es zu weiteren militärischen Eskalationen, Zollkriegen und zur Destabilisierung von Demokratien durch äußere Einmischung kommen, könnte das die US-Softpower in Lateinamerika nachhaltig beschädigen und die Länder in die Arme anderer Partner treiben. Davon haben gerade erst die Europäer mit ihrem Mercosur-Abkommen profitiert – obwohl nach der Abstimmung im EU-Parlament immer noch unklar ist, wann es zur Anwendung kommt.

Wenig rosig sind angesichts der Konfrontation die Perspektiven für die Bevölkerung. Seit der Pandemie sind ohnehin schon Lebenshaltungskosten und Kriminalität in Lateinamerika explodiert.

Zugleich hat ein von außen befeuerter Run auf Land und Bodenschätze begonnen, was Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen nach sich zieht. Es macht dabei keinen Unterschied, ob es um Lithium und seltene Erden für Chinas grüne Energiewende geht, oder um Öl und Gas für die fossilen US-Multis. Eine beschleunigte Umweltzerstörung vor dem Hintergrund bereits jetzt immer bedrohlicherer Klimakatastrophen sowie die Gefahr militärischer Konflikte hängen wie ein Damoklesschwert über Lateinamerika.



Sandra Weiss
Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für *Die Zeit* und *Die Welt*.